

Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift
Band: 35 (1979)
Heft: 1

Rubrik: Sprachpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Doch erst 1898 — das Schweizerdeutsche Wörterbuch war schon seit Jahrzehnten in Arbeit — taten sich auch welsche Sprachgelehrte der Universitäten Zürich (Louis Gauchat), Neuenburg (Jules Jeanjaquet), Basel (Ernest Tappolet) und Genf (Ernest Muret) zusammen, um zu retten, was noch zu retten war. 1924 erschien der erste Band ihres „Glossaire“; es ist heute beim fünften angekommen, beim Buchstaben F, und seine Bezieher können damit rechnen, daß ihre Urenkel einst die Vollendung des gewaltigen Werks erleben werden.

Einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Patois leistete das Radio der welschen Schweiz. Schon 1952 sendeten Fernand-Louis Blanc und Charles Montandon zum erstenmal im Dialekt; seit 1957 wird ein Tonarchiv der Mundarten mittels wöchentlicher Sendungen systematisch geäufnet. Ein Text wird dabei in verschiedenen Patois von authentischen Sprechern vorgetragen.

Trudi Weder-Greiner

Sprachpolitik

Französische Überheblichkeit auch in Belgien

Es ist schon erstaunlich: Da streiten sich zwei Nationen, Flamen und Wallonen, um ihre Hauptstadt, die zugleich die unsere werden möchte, und setzen die Einheit des belgischen Staates aufs Spiel — ohne daß die Nachbarnationen dies so recht zur Kenntnis nehmen. Dabei dauert dieser Sprachenstreit mit all seinen soziokulturellen, wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen und Folgen nun bereits an die 150 Jahre, seit der Gründung des Königreichs Belgien.

Angefangen hatte es mit dem zunächst erfolgreichen Versuch des jungen Staates, durch eine französische Amtssprache für Gesamtbelgien die Staatseinheit zu fördern und sich vom niederländischen Norden abzusetzen. Der schon bald sich dagegen bildenden Flämischen Bewegung gelang es jedoch, der niederländischen Mehrheitssprache nach und nach die Gleichberechtigung mit dem Französischen im flämischen Landesteil zu erkämpfen. Über eine Periode der Zweisprachigkeit wurde Flämisch-Belgien im 20. Jahrhundert schließlich offiziell „niederländisch“. Nur einige Sprachengemeinden, darunter Brüssel, blieben amtlich zweisprachig.

Die Hauptstadt Belgiens und zugleich Provinzhauptstadt Brabants scheint durch ihre zentrale Lage, dazu an der Sprachgrenze, für eine Mittlerfunktion im Dienste beider Volksgruppen wie geschaffen. Statt dessen ist sie zur größten Belastung des Einheitsstaates von rund 10 Millionen Belgiern geworden. Im belgischen Revolutionsjahr (1830) zählte die Stadt etwa 100 000 Einwohner, von denen noch 1846 kaum ein Drittel französischsprachig waren. Hundert Jahre später, in der für eine objektive Sprachzählung ungünstigen Nachkriegszeit, gaben ungeachtet ihrer zumeist flämischen Abstammung rund drei Viertel der über eine Million Brüsseler Französisch als ihre Sprache an.

Das heute überwiegend frankophone Brüssel liegt jedoch inmitten flämischer Gemeinden, die sich der Romanisierung widersetzen oder wie im Fall

der sechs Brüsseler Randgemeinden ihren französischsprachigen Bürgern gesetzlichen Sprachenschutz bieten, sogenannte Fazilitäten. Mit dem Auschwärmen zahlreicher wohlhabender Brüsseler in die (noch) flämische Umgebung wurde das Sprachenproblem auch in diese meist ländlichen Gemeinden getragen, wurde faktisch bereits ein zweisprachiger Korridor zwischen Brüssel und der nahen Wallonie geschaffen. Während sich in der Vergangenheit Hunderttausende Flamen im einsprachig bleibenden, industrialisierten Wallonien stets anpaßten, fordern die frankophonen Neubürger flämischer Gemeinden Sprachenschutz und gefährden damit den gesetzlichen Status Flämisch-Brabants, die Einsprachigkeit. Sie werden darin von dem Front Démocratique des Francophones unterstützt, der dominierenden Brüsseler Sprachpartei.

Grundlage ist bei all dem die angebliche Minderwertigkeit der niederländischen Sprache und Kultur: Ein Anpassen an die flämische Umgebung wäre gleichsam eine unzumutbare Erniedrigung. So unterblieb auch die Anpassung an die offiziell deutschsprachige Bevölkerung in Ostbelgien.

Angesichts dieser Haltung ist es nicht verwunderlich, daß die flämische (allerdings politisch uneinige und schwache) Mehrheit sich wie eine lästige Minderheit behandelt fühlt. Die flämische Tagespresse ist denn auch voll von Sprachklagen, und die offizielle Sprachkommission erhält alljährlich Hunderte von Fällen zur Entscheidung vorgelegt. Die flämischen Regierungsparteien haben gemeinsam mit den Frankophonen seit 1977 neue Wege beschritten: Die Minderheiten in den flämischen Gemeinden sollen ein sogenanntes Einschreiberecht in Brüssel erhalten, dazu neue Sprachrechte, womit die gesetzliche Einsprachigkeit dieser Gemeinden praktisch unhaltbar würde. Diese und andere Bestimmungen des sogenannten Egmont-Paktes sind inzwischen auf starken Widerstand gestoßen. Viele Flamen glauben, trotz des besonders hohen Preises, nicht so recht an einen echten Sprachenfrieden und eine friedliche Koexistenz beider Kulturen: Belgiens größtes Problem scheint somit unlösbar.

Was aber geht das uns übrige Europäer an? Hier muß einmal gesagt werden, daß die Sprachintoleranz des die Einsprachigkeit anstrebenden Brüssel zur ernststen Benachteiligung der nichtfrankophonen Partner geworden ist. Durch die einseitige Bevorzugung *einer* EG-Sprache fielen — um nur diesen Aspekt zu nennen — einer privilegierten Gruppe Tausende von gutbezahlten sicheren Arbeitsplätzen zu. Die ohnehin nur theoretische Gleichbehandlung der EG-Sprachen wird, wie die Dänen befürchten, nach dem Beitritt weiterer lateinischer Staaten noch schwerer zu verwirklichen sein. Die Deutschen hingegen passen sich an: Im *European Communities Yearbook 1977* z. B. geben sie ihre belgischen Adressen nur in französisch an — auch wenn sie in nach belgischem Gesetz einsprachig niederländischen Gemeinden wohnen.

Es geht aber nicht um eine Handvoll sprachgewandter Eurokraten in einer provisorischen Hauptstadt, sondern darum, daß sich am ständigen Sitz des bald zu wählenden europäischen Parlaments möglichst viele, wenn nicht alle beteiligten Partnernationen wirklich zu Hause fühlen können. Mit dem Betreiben der Einsprachigkeit disqualifiziert sich die Stadt Brüssel m. E. als Kandidatin. Im Hinblick auf die sich daraus ergebenden ständigen Sprachkonflikte warnte auch Professor L. Sanguin in einem Beitrag in der Pariser *Revue du Marché Commun* (November 1977) davor, Brüssel zur Hauptstadt der EG zu machen. Bietet sich da im Herzen des alten Karolingien vielleicht eine Lösung an, wie sie schon erörtert worden ist: die Gründung einer exterritorialen Hauptstadt auf der Dreiländerecke bei Aachen aus je einem Stückchen Belgiens, der Niederlande und Deutschlands?

Josef Kempen („Sprachdienst“, Heft 9, 1978)